

Wolfgang Kastrup | Helmut Kellershohn (Hg.)

Blockierte Transformation

Sozial-ökologische Transformationskonflikte
und Widerstände – national wie international



Edition des Duisburger Instituts für Sprach- und
Sozialforschung im *UNRAST* Verlag, Münster



Zur Einführung

1. Seit dem Bericht des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) von 2011 ist der Begriff der sozial-ökologischen Transformation in Deutschland populär geworden. Er bezeichnet »einen fundamentalen Wandel, der einen Umbau der nationalen Ökonomien und der Weltwirtschaft [...] vorsieht, um irreversible Schädigungen des Erdsystems sowie von Ökosystemen und deren Auswirkungen auf die Menschheit zu vermeiden«.¹ Das *Wie*, aber auch die Einsicht in die Notwendigkeit eines solchen Umbaus ist umstritten, wie die endlosen nationalen wie internationalen Debatten sowie die diversen, nur begrenzt erfolgreichen Anläufe zu internationalen Vereinbarungen in den letzten Jahrzehnten gezeigt haben. Es ist daher nicht verwunderlich, dass in jüngerer Zeit verstärkt von einem Transformations*konflikt* gesprochen wird, hervorgerufen durch »eine Vielzahl von gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen, die durch die ökologische Krise sowie durch Maßnahmen, ihr zu begegnen, ausgelöst, geprägt, hervorgebracht oder dynamisiert werden«.² Bedingt durch das Aufeinandertreffen mit unabhängig von der ökologischen Krise bestehenden, gleichwohl mit ihr und untereinander interagierenden Krisenphänomenen (»Vielfachkrise«³) haben sich reaktiv die innergesellschaftlichen Widerstände und nationalstaatlichen Blockaden verstärkt. Überlagert wird die ökologische Krise zudem aktuell durch die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, die damit verbundene weltweite, ökologisch höchst kontraproduktive Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft sowie die drohende Verfestigung einer neuen »Blockkonfrontation«, für die als Hauptakteure die USA und China stehen.⁴

1 Wiss. Beirat d. Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011, S. 417.

2 Jakob Graf et al.: Editorial: Sozial-ökologische Transformationskonflikte und linke Strategien, in: PROKLA 210/2023, S. 7.

3 Vgl. dazu den in der Edition DISS 2024 erschienenen Reader »Vielfachkrise. Kapitalistische Krisendynamiken und geopolitische Umbrüche«, hrsg. von Helmut Kellershohn und Wolfgang Kastrup.

4 Zu dieser geopolitischen Komponente der Vielfachkrise vgl. die beiden Artikel von Ingar Solty (USA) und Wolfgang Kastrup (China) in diesem Band.

2. In der *Bearbeitung* des sozial-ökologischen Transformationskonflikts im Rahmen der Vielfachkrise haben sich nach Hendrik Sander⁵ neben einem grün-kapitalistischen Hegemonieprojekt (in verschiedenen Variationen) weitere Hegemonieprojekte (rechts-reaktionär, fossilistisch-konservativ, emanzipatorisch) herausgebildet, die politisch zwischen den jeweiligen politischen Lagern umkämpft sind. Das grün-kapitalistische gibt sich liberal, technologieaffin, wachstumsorientiert, z.T. offen für staatskapitalistische Interventionen, setzt auf Wandel und Modernität durch den Ausbau erneuerbarer Energien, die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung, den Umstieg von Verbrennern auf Elektroautos sowie neue (smarte) Mobilitätsdienstleistungen. Eine öko-kapitalistische Modernisierung mit dem Leitbild eines grünen Kapitalismus verursacht jedoch neue sozial-ökologische Kosten und verlagert sie auf andere Akteure und Räume etwa im Globalen Süden,⁶ denken wir hierbei an den Begriff des Ressourcenextraktivismus, der für eine auf Rohstoff-Export und häufig auf Raubbau begründete Ökonomie im Globalen Süden steht. Der Green New Deal beruht grundsätzlich auf dem Glauben, ökologische Problematiken ließen sich innerhalb des Kapitalismus ›managen‹, indem ein bislang ökologisch destruktives Wachstum im ›grünen Kapitalismus‹ durch Umstellung der Energiebasis und neue Technologien zum ›nachhaltigen Wachstum‹ gezähmt wird. So zielen Ideale des grünen Wachstums im grünen Kapitalismus per Definition nicht auf substantielle ökonomische und gesellschaftliche Strukturveränderungen, sondern auf Fortsetzung des Kapitalismus mit anderen technologischen und politischen Mitteln. Den Widersprüchen und Illusionen dieses Projekts und den gegenwärtigen Perspektiven und Chancen sozialökologischer Alternativen zum destruktiven Wachstum und zur kapitalistischen Gesellschaftsformation widmet sich in diesem Reader der Beitrag von *Tino Heim*.

Zunehmend herausgefordert wird das Projekt eines grünen Kapitalismus »von der Konvergenz eines radikalisierten Konservatismus mit der radikalen Rechten und einer aggressiven Verteidigung der fossilistischen Lebensweise, einschließlich harter Kulturkämpfe auf allen Ebenen«.⁷ Als treibende Kraft für die ›klimaleugneristische‹ Denunziation des Transformationsparadigmas hat sich in den vergangenen Jahren, wie *Andrea Becker* in ihrer Analyse zeigt, die AfD entwickelt, deren Positionen zunehmend auch in konservativen Krei-

⁵ Hendrik Sander: Zum Potenzial eines grünen Kapitalismus. Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in der Vielfachkrise, in: PROKLA 213/2023, S. 745-764.

⁶ Vgl. Ulrich Brand / Markus Wissen: Kapitalismus am Limit, München 2024.

⁷ Mario Candeias: Wir leben in keiner offenen Situation mehr, These 4, August 2023. <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-leben-in-keiner-offenen-situation-mehr/>

sen (z.B. Technologieoffenheit, Atomenergie) vertreten werden. Die hartnäckige Verweigerung ernsthafter klimapolitischer Reformanstrengungen wird auf globaler Ebene befeuert durch Trumps »Drill, baby, drill«-Strategie und den erneuten Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen, eingebettet, wie *Ingar Soltý* aufzeigt, in eine Tendenz zu einem postliberalen Kapitalismus, in dem der US-Staat autoritär umgebaut wird. China dagegen hat, trotz weiterhin erheblich bestehender fossiler Produktion, den Ausbau der Solar- und Windtechnologie massiv vorangetrieben. Als Akkumulationsstrategie ist der »grüne« Kapitalismus, so *Wolfgang Kastrup* in seinem Beitrag, am deutlichsten in China ausgeprägt.

3. Das Aufeinandertreffen der ökologischen Krise mit dem ökonomischen Krisenzyklus und sozialen Verwerfungen (Krise der sozialen Reproduktion) sowie der zugespitzten geopolitischen und geoökonomischen Lage (Stichwort: »Zeitenwende«) verdichtet sich auf nationaler Ebene in den Kämpfen um die Ausgestaltung des Sozialstaats, beispielsweise in der Frage des Klimageldes, des Bürgergeldes oder der Rentenreform. Sie berühren die notwendige Akzeptanz einer sozial-ökologischen Transformation in breiten Kreisen der Bevölkerung. Das hat zum einen mit strukturellen, bereichsspezifischen Problemen zu tun, wie *Ulrike Höhmann* am Beispiel des Gesundheitssektors expliziert. Die gesundheitspolitischen Reformen, noch unter der vorherigen Bundesregierung angeschoben, stehen in der Kritik, da sie ihr Qualitätsziel höchstwahrscheinlich nicht erreichen werden. Ihre Perspektiven sind betriebswirtschaftlichen Kriterien untergeordnet, so dass die Transformationsstrategien im Gesundheitssektor die Qualitätsprobleme aller Voraussicht nach verstärken werden. Dies wirkt sich negativ nicht nur auf die Patient:innen und Pflegebedürftigen, sondern ebenfalls auf die im Gesundheitsbereich arbeitenden Menschen aus.

Zum anderen gerät der Sozialstaat fiskalisch in die Klemme zwischen einer Politik der Aufrüstung und einer »technologieoffenen« Konzeptionierung der Transformation, die sich unhinterfragt an den Wachstumsimperativen kapitalistischer Ökonomie orientiert und hinsichtlich ihrer sozialen Komponente sozialstaatliche Standards zur Disposition stellen will. *Ursula Kreft* und *Hans Uske* untersuchen in ihrem Artikel am Beispiel des Bürgergeldes die diskursiven Strategien der Delegitimierung einer Sozialreform, die einmal gedacht war als »Beitrag zum sozialen Zusammenhalt« (Hubertus Heil). Die Konstruktion eines »deutschen Sozialstaats«, der nach unten den vermeintlichen Willen zur Nicht-Arbeit inkriminiert, nach außen gegen die »Zumutungen« der Migration sich abgrenzt, spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. An

Letzteres anknüpfend zeigt *Hannah Friedrich* in einer diskursanalytischen Untersuchung, wie deutsche Leitmedien anlässlich der Ereignisse an der polnisch-belarussischen Grenze im Jahr 2021 Migration zunehmend als sicherheitspolitische Bedrohung (»hybrider Krieg«) statt als humanitäre und sozialpolitische Aufgabe dargestellt und versucht haben, den Diskurs in Richtung autoritär-versicherheitlichender Maßnahmen zu verschieben.

4. Aus demokratietheoretischer Sicht gilt es Folgendes zu bedenken: Vielfach wird die Krise der westlichen liberalen Demokratien auf den Aufstieg populistischer und autoritärer Bewegungen zurückgeführt. Sowohl die Arbeiten von Colin Crouch⁸ als auch die von Calhoun, Gaonkar und Taylor⁹ sehen sie als Ausdruck einer tieferliegenden Problematik, die u.a. mit der Erosion der sozialen Grundlagen der Demokratie zu tun hat. Erinnert sei an Hermann Heller, der in der Auseinandersetzung mit Carl Schmitt die relative soziale Homogenität des Staatsvolkes als Voraussetzung einer halbwegs funktionierenden Demokratie bestimmte. In dieser Tradition rufen Calhoun et al. zu einer »Bewegung auf, die die Ungleichheit verringert, die Solidarität stärkt, die Bürger ermächtigt und das Streben nach dem Gemeinwohl wiederbelebt«. Im Hintergrund steht die alte und grundsätzliche Frage nach dem Spannungsverhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie.¹⁰ Die neuerliche Debatte um die Grundzüge einer »demokratischen Planwirtschaft«¹¹ thematisiert dieses Verhältnis dahingehend, dass ein notwendigerweise »radikales Umsteuern« in der ökologischen Krise die Ausweitung demokratisch geregelter Entscheidungsprozesse in der Frage, was und wie produziert wird, zur Voraussetzung hat. In ihrem Gespräch gehen *Nora Rätz* und *Janina Puder* auf die Frage ein, wie eine sozialökologische Klassenpolitik jenseits symbolischer Bekenntnisse konkret gestaltet werden kann, wo sich gegenwärtig relevante Ansätze zur Bearbeitung der ökologischen Krise abzeichnen und welche Rolle Arbeiter:innen als gesellschaftliche Akteur:innen in der ökologischen Transformation spielen (können). Aus einer feministisch-emanzipatorischen Sicht stellt *Christa Wichterich* eine solidarische und gerechte Care-Kultur in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen:

8 Colin Crouch: *Postdemokratie revisited*, Berlin 2021.

9 Craig Calhoun / Dilip Parameshwar Gaonkar / Charles Taylor: *Zerfallserscheinungen der Demokratie*, Berlin 2024 [zuerst 2022].

10 Vgl. Wolfgang Kastrup / Helmut Kellershohn (Hg.): *Kapitalismus und / oder Demokratie? Beiträge zur Kritik »marktkonformer« Demokratieverhältnisse* (Edition DISS Bd. 36), Münster 2014.

11 Vgl. LuXemburg, *Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 1/2024: *Zukunft mit Plan*.

Care nicht nur verstanden als konkrete Arbeit des Versorgens, Sich-Kümmerns, der Herstellung von sozialen Beziehungen wie auch der Selbstsorge, sondern auch umfassend als Ethos und Handlungsrationalt t, die gesellschaftliche Naturverhältnisse und den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen einschließt. Angesichts der Blockade der Transformation durch die derzeitige »Zeitenwende« sei die Utopie einer »Caring Economy« hilfreich, in der Ökonomie und Ökologie von der (Re)Produktivität von Gesellschaft und Natur her gedacht werden.

5. Unter demokratiethoretischen Gesichtspunkten ist der Modus der Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von zentraler Bedeutung für die Bewältigung der sozialökologischen Transformation. Der Widerstand gegen diese Einsicht ist gewaltig und wird derzeit gestärkt durch die weltweite Zunahme autoritärer, rechtspopulistischer und rechtsextremer Strömungen. Unterstützung erfährt diese Entwicklung durch die mittlerweile mehrheitlich (neu-)rechte Big-Tech-Industrie, die mit ihrer Finanzkraft und Reichweite zusätzlich die Regeln des politischen Diskurses auf »sozialen« Medien wie X beeinflussen. *Guido Arnold* untersucht, wie der Diskursraum der privatisierten (social media) Öffentlichkeit mit Hilfe künstlicher Intelligenz mit »feinvernebeltem Bullshit« angereichert wird. Dieser sorgt für Orientierungslosigkeit und Verunsicherung als Nährboden, auf dem weitere populistische Reduktion und Polarisierung gedeihen kann.

Im letzten Beitrag thematisieren *Sebastian Friedrich*, *Helmut Kellershohn* und *Nils Schniederjann* die Perspektive der Demokratie in der Bundesrepublik. In ihrem Beitrag greifen sie die bereits erwähnte Frage der Konvergenz auf und diskutieren sie aus der Sicht der AfD und der Unionsparteien. Sie untersuchen die strategischen und programmatischen Entwicklungen innerhalb der AfD und ihres ideologischen Umfeldes und den Zickzackkurs der Union zwischen Abgrenzung und inhaltlicher Annäherung. Die Frage ist: Gibt es auf absehbare Zeit Grenzen der Konvergenz?